und zwar in einer Form, daß der Präsident Fräßdorf, wenn er auf seinem Platze gesessen hätte, wahrscheinlich den Abgeordneten Fräßdorf zur Sache gerufen hätte. Der Umstand, daß dieser Antrag nicht von den Aerzten, sondern von einer politischen Partei, hinter der die großen Krankenkassen stehen, ausgeht, muß ohne weiteres mißtrauisch machen. Die ganze Menschheit hat an einem wirtschaftlich unabhängigen, sittlich hochstehenden Aerztestand das größte Interesse und der Staat hat ein Interesse daran, daß sich der Arzt die Ideale, zu denen er im Studium erzogen wurde, erhalten kann. Wir müssen uns hüten, eine Organisation zu zerstören, die sich als segensreich für alle ihre Mitglieder und auch für die Allgemeinheit bewährt hat.

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte, an der sich die Abgg. Nitzschke (Dem.), Dr. Wagner (Deutschn.) und Fräßdorf (Soz.) beteiligen, zieht Abg. Fräßdorf seinen Antrag auf sofortige Schlußberatung zurück.

Abg. Menke (Unabh.) spricht für Sozialisierung der gesamten Heilbehandlung. — Zur Sache sprechen weiter noch die Abgg. Blüher (Dt. Vp.), Kirchhof (Soz.) und Kruspe (Dem.), worauf der Antrag an den Gesetzgebungsausschuß verwiesen wird.

Es folgt die Beratung eines von den Unabhängigen gestellten Antrages auf

Abänderung des Dissidentengesetzes,

den der Abg. Menke (Unabh.) begründet. Der Antrag lautet:

Die Kammer wolle beschließen:

1. Der § 20 Abs. 1 des Dissidentengesetzes vom 20. Juni 1870 (GVBl. S. 215) erhält folgende Fassung:
   Der Austritt aus einer Religionsgesellschaft ist, auch wenn er ohne gleichzeitigen Uebertritt zu einer anderen Religionsgesellschaft erfolgt, einer jeden in Sachsen wohnenden Person gestattet. Ein außerhalb des Freistaates Sachsen erfolgter Kirchenaustritt gilt auch in Sachsen. Ueber den Austritt von ehelichen Kindern entscheidet bis zum 14. Lebensjahre mangels einer Vereinbarung der Eltern der Vater; lebt dieser nicht mehr, die Mutter. Für außereheliche Kinder trifft eine solche Entscheidung die Mutter. Kinder über 14 Jahre können den Austritt selbständig bewirken, eine Zustimmung des gesetzlichen Vertreters ist nicht erforderlich. Der Austritt erfolgt durch schriftliche Mitteilung oder durch Erklärung zu Protokoll an den Pfarrer der zuständigen Kirchengemeinde. Der Pfarrer muß dem Austretenden eine Bescheinigung über die Austrittserklärung innerhalb 2 Wochen nach der Abmeldung zustellen. Der Austritt ist kostenlos zu bescheinigen. Nach Ablauf des Steuerjahres, in dem die Austrittserklärung erfolgt ist, kann der Ausgetretene nicht mehr zu persönlichen und sächlichen Kirchensteuern herangezogen werden. Personen, die nicht getauft sind, gehören keiner Kirche an und können dementsprechend auch nicht zu Kirchenanlagen herangezogen werden.
2. Der Absatz 3 des § 20 wird gestrichen.
3. Die Kammer beauftragt die Regierung, die Form der Eidesleistung für aus der Kirche ausgetretene Personen entsprechend zu ändern.

Zur Begründung führt Abg. Menke (Dresden, Unabh. Soz.) aus: Der Antrag könne nur eine Abschlagsforderung darstellen. Wenn man die Kirche als streng vom Staate getrennt auffasse, dann dürfe man auch keine staatliche Instanz wie das Amtsgericht mit dem Austritt befassen. Es müsse eine einfache schriftliche Erklärung des Austritts an den Pfarrer genügen, und ferner müsse der Austritt kostenlos sein.

Ministerialdirektor Dr. Böhme: Das Kultusministerium habe das evangelisch-lutherische Landeskonsistorium und das apostolische Vikariat zu dem Antrage gehört. Beide hätten Bedenken, ebenso das Justizministerium. Er bitte daher, den Antrag heute nicht endgültig zu erledigen, sondern an den Gesetzgebungsausschuß zu verweisen.

Justizminister Dr. Harnisch schließt sich dem an. Es sei ein Mangel des Antrags, daß er nur den Austritt aus der Kirche regeln wolle, statt die ganze Materie des Verhältnisses von Staat und Kirche in Betracht zu ziehen. In gewissem Sinne sei die Sache zwar der Zuständigkeit des Reiches zugewiesen. Für Sachsen gilt einstweilen noch die alte Verfassung. Danach sei bedauerlicherweise der Zustand festzustellen, daß die Dissidenten nicht den genügenden Schutz genössen. Man werde aber abwarten müssen, was das Reich tue.

Abg. Dr. Roth (Dem.): Der Zwang, Personen, die aus der Religionsgesellschaft ausgetreten seien, noch als Glieder derselben zu betrachten, sei natürlich nicht vereinbar mit der Verfassung, entspreche auch nicht der Würde der Religion. Hinsichtlich der Aenderung der Formel der Eidesleistung für Ausgetretene sei das Reich allein zuständig. Sollte sich die Regierung über diese Bedenken hinwegsetzen, so müßte das verfassungsmäßige Zusammenwirken mit der Volksvertretung zur Feststellung der Eidesformel gefordert werden.

Abg. Rendtorff (Leipzig, Deutschn. Vp.) hat gesetztechnische und inhaltliche Bedenken gegen den Antrag. Die steuerlichen Bestimmungen des Antrages seien nur ein politisches Agitationsmittel. Den Bestrebungen auf Abänderung der Eidesformel stimmten seine Freunde gern zu.

Abg. Arzt (Soz.) bedauert, daß von allen Seiten nur Bedenken gegen den Antrag geltend gemacht worden seien. Nur der Justizminister habe sich hinter den Antrag gestellt. Der Zustand müsse beseitigt werden, daß der Dissident als ein Mensch zweiter Klasse behandelt werde. Der Kirche müsse doch selbst daran liegen, daß sie Elemente los werde, die innerlich mit ihr zerfallen seien.

Abg. Dr. Kaiser (Dt. Vp.): Eine Beratung des Antrags im Ausschuß sei unbedingt geboten. Hätte er eine Erleichterung des Religionsübertritts gewünscht, so würde sich nichts dagegen einwenden lassen, aber für eine selbständige Entscheidung 14jähriger Kinder seien seine Freunde nicht zu haben. Der Tendenz des Antrags stimmten sie zu und hofften, daß der vom Vorredner betonte Gedanke der Toleranz, worauf jeder sich sein Bekenntnis selbst wählen solle, sich in den Ausschußverhandlungen künftig durchsetzen werde.

Abg. Kruspe (Meißen, Dem.) wünscht die Beibehaltung der Bedenkzeit vor der endgültigen Erklärung des Austritts und wünscht Heraufsetzung des im vorletzten Absatz erwähnten Alters von 14 auf 20 Jahre.

Der Antrag geht an den Gesetzgebungsausschuß.

Politische Nachrichten

Keine Nebenregierung der Räte

pb **Weimar**, 3. 4. Das Kabinett hat sich in Berlin am Mittwoch abend neuerdings mit dem Rätesystem beschäftigt auf Grund des Entwurfs, den das Reichsarbeitsamt ausgearbeitet hat. Ein Beschluß ist noch nicht gefaßt. Fest steht vorläufig nur, daß die Räte nicht als drittes Parlament konstituiert werden sollen neben dem Reichstag und dem Staatenausschuß.

Plötzliches Ende des Streiks in Württemberg

pb **Stuttgart**, 3. 4. Die württembergische Regierung hat heute eine Kundgebung erlassen, worin gesagt wird, daß der Generalstreik plötzlich zusammengebrochen sei. Die Bevölkerung wird zum Abbruch des Bürgerstreiks und zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert.

Volksstaat Reuß

pb **Gera**, 3. 4. Der gemeinsame Landtag für die beiden Freistaaten Reuß lehnte den vom Verfassungsausschuß vorgeschlagenen Namen „Volksstaat Ostthüringen" ab und stimmte einstimmig dafür, daß die Freistaaten Reuß unter dem Namen „Volksstaat Reuß" zu einem Staat verschmolzen werden.

Keine Verhandlungen Bayerns mit der russischen Sowjetregierung

pb Der „Fränkische Kurier" veröffentlichte eine Mitteilung der bayrischen Volksregierung in München, daß zwischen der bayrischen Regierung und der russischen Sowjetrepublik Verhandlungen über ein Bündnis im Gange seien. Bayern soll auch hier, wie im November, unter den deutschen Staaten den Anfang zu der nunmehrigen bolschewistischen Bewegung machen.

Hierzu wird aus München gemeldet, daß an dortigen amtlichen Stellen nichts über derartige Verhandlungen bekannt ist.

Bayerns tiefste Erniedrigung

pb **München**, 3. 4. Der Münchener Stadtkommandant teilt mit, daß fünf Werber aus Norddeutschland, darunter der mit einem Flugzeug eingetroffene Hauptorganisator der Bewegung für den Ostschutz, verhaftet und das reichhaltige Material beschlagnahmt worden sei. Der Kommandant macht nochmals darauf aufmerksam, daß das Werben in Bayern verboten ist.

Die Sozialisierung Bayerns

pb Die Bayrische Volkspartei veröffentlicht einen scharfen Protest gegen die Behandlung der Sozialisierungsfrage durch die bayrische Regierung. Für die Sozialisierung der bayrischen Presse ist eine Kommission gebildet worden, in der u. a. der frühere Finanzminister Jaffe und der Chefredakteur der „Münch. Neuest. Nachr.", Dr. Müller, sitzen.

Gegen Neurath

pb **München**, 3. 4. Der Sozialisierungsausschuß des Landtages erhob gegen das Sozialisierungsprogramm Dr. Neuraths verschiedentlich lebhafte Bedenken. Dr. Neurath, der seine Vorschläge nachdrücklich verteidigte, erklärte dabei, daß die Regierung bestrebt sein werde, mit dem Reiche in der Sozialisierung zusammenzugehen. Aber bis jetzt sei das Reich nicht ernstlich gewillt, zu sozialisieren. So müsse man in Bayern mit dem Sozialismus weiter vorgehen. Der Handelsminister Simon erklärte, er halte einen Konflikt mit Berlin, wenn Bayern über die Sozialisierung des Reiches hinausgehe, nicht für gegeben. Simon wird in den nächsten Tagen nach Berlin reisen, um mit den Reichsstellen in Handelsfragen in Fühlung zu treten.

Nieder mit der bolschewistischen Herrschaft!

pb Der Lokalanzeiger meldet aus Kopenhagen: Die russischen Telegramme, die aus Helsingfors hier eingetroffen sind, bestätigen, daß es in Petersburg zu schweren Unruhen gekommen ist. Die Arbeiter lehnen sich gegen den Bolschewismus auf. Sie ziehen durch die Straßen unter Rufen: „Nieder mit der bolschewistischen Herrschaft!". Es kam zu Barrikadenkämpfen, wobei die chinesischen Soldaten des roten Heeres die Reihen der Arbeiter mit Maschinengewehrfeuer stark lichteten. Um die Arbeiter zu beruhigen, mußte die Brotration erhöht werden. Lenin begab sich eiligst nach Petersburg und hielt eine große Rede an die Arbeiter. Er erklärte, daß sowohl die inneren als auch die äußeren Feinde alles täten, um die Sowjetregierung zu stürzen. Die Lage sei sehr kritisch. Aber man müsse sich mit dem Hunger abfinden. Wenn die Bolschewisten die Macht im jetzigen Augenblick aus den Händen gäben, wäre das ein großer geschichtlicher Fehler.

Aus Heimat und Vaterland

Frankenberg, den 4. April 1919.

† **Eine mehrstündige Betriebsstörung** hatte unsere Eisenbahnstrecke am Donnerstag nachmittag erlitten. Durch Ausspringen der Lokomotive des Güterzuges, der zwischen 3 und 4 Uhr die Station Frankenberg verläßt, wurde auf mehrere Stunden die Einfahrt in den Bahnhof Braunsdorf gesperrt. Infolgedessen konnte der 4.14 fällige Personenzug aus Frankenberg erst in der siebenten Abendstunde seine Fahrt in Richtung nach Chemnitz aufnehmen. Auch die nächstfälligen Züge beider Richtungen hatten unter der Verspätung zu leiden, während dann der letzte Abendzug von Chemnitz her ordnungsgemäß seine Fahrt ausführen konnte. — Durch die Verkehrsstockung kam leider auch die Zustellung unseres „Tageblattes" nach den Orten Braunsdorf, Ebersdorf und Niederwiesa in Mitleidenschaft. Die geehrten Leser in diesen Orten wollen darin die Ursache zu der erst heute Freitag möglich gewordenen Zustellung ihrer Blätter suchen.

** **Der Preis des Zeitungsdruckpapiers** wurde am 1. April abermals erhöht, so daß das Papier nunmehr über den vierfachen Betrag kostet als im Jahre 1915.

fmg. **Zur Arbeiterratswahl.** In weiten Kreisen der bürgerlichen Bevölkerung Frankenbergs scheint man sich über die Bedeutung und Notwendigkeit der Beteiligung an der am Sonntag stattfindenden Arbeiterratswahl noch nicht recht im klaren zu sein. Man lese deshalb zunächst noch einmal die Ausführungsbestimmungen zur Wahl, wie sie auf der Titelseite der Nr. 76 des Frankenberger Tageblattes vom 2. d. M. sich finden. Zu den dort aufgeführten Wahlberechtigten gehören u. a. auch die über 20 Jahre alten Hausangestellten, Dienstboten u. s. w., denen von ihrer Herrschaft ein Wahlausweis auszustellen ist. Auch Haustöchter, die bei ihrem Vater gegen Entgelt tätig sind, rechnen hierher. Vor allem aber solle jeder Beamte und Privatangestellte, aber auch jeder Ruhegehaltsempfänger seiner Wahlpflicht genügen; denn es gilt, auch den geistigen Arbeitern eine Vertretung zu schaffen, wie sie ihnen nach ihren Leistungen für das Allgemeinwohl ohne weiteres gebührt. Zu jeder gewünschten Auskunft ist das Wahlvorstandsmitglied, Unteroffizierschullehrer Kunert, Winklerstraße 30, I, gern bereit. Formulare zu den „Ausweisen" sind während der üblichen Geschäftszeit im Amtszimmer des Arbeiterrates (Gasthof zum Roß, eine Treppe) zu entnehmen und zwar nicht bloß, wie vielfach angenommen wird, für Angehörige einer bestimmten Partei, sondern für alle Wahlberechtigten, gleichviel welcher Lebens- und Parteistellung sie angehören.

fcg. **„Verlorene Töchter"** nennt sich ein Filmwerk, das zurzeit im Apollo-Theater aufgeführt wird. Mit Unterstützung des deutschen Frauenbundes und der Vereine für Mittelstandsfürsorge ist ein Werk geschaffen, das der Bekämpfung des Mädchenhandels dient. Es ist eine furchtbare Tragödie, die sich hier in sieben Abteilungen entrollt. Mit großer Eindringlichkeit und Lebenswahrheit werden die entsetzlichen Gefahren geschildert, denen die unerfahrene weibliche Jugend in der Großstadt ausgesetzt ist. Man wird Zeuge davon, wie ein achtzehnjähriges Mädchen aus bester Familie, das nach dem geschäftlichen Ruin und Tod ihres Vaters gezwungen ist, sich auf eigene Füße zu stellen, und mit ihrer hübschen Stimme sich das Brot selbst verdienen will, in die Hände gewissenloser Agenten gerät, um dann ins Ausland verschleppt und nach und nach auf die Bahn des Lasters getrieben zu werden, bis das unglückliche Opfer leiblich und seelisch vernichtet ist. — Helga Molander vom Theater des Westens, Berlin, hat in der Rolle der Ursula Herdor eine rührende Gestalt geschaffen, deren Leidensweg tiefstes Mitgefühl auslösen muß. Die Gesangseinlagen im 1. und 5. Akt werden von einer hiesigen Dame wurdig zum Vortrag gebracht.

fcg. **Die Kommunisten-Versammlung,** die für gestern Donnerstag Abend einberufen und stark besucht war, mußte ausfallen, da infolge Verkehrsstörung der Referent nicht rechtzeitig eintreffen konnte. Er traf erst 9.20 Uhr mit Auto hier ein. Die Versammlung findet heute Freitag, 8 Uhr abends im Schützenhaus statt.

†* **Das Stadtorchester** gab gestern abend im Stadtpark das erste Konzert unter Leitung des neuen Stadtmusikdirektors Theodor Rott. Herr Rott weilt erst seit Dienstag hier, es war ihm deshalb nicht möglich, für das Konzert umfangreichere Vorbereitungen zu treffen. Er plant aber als eigentliche künstlerische Einführung ein größeres Konzert, mit dem er vor kundigem Publikum einen besonderen Befähigungsnachweis erbringen wird. Man darf sich auf diese Veranstaltung nach dem, was man gestern von unserem Stadtmusikdirektor gehört und gesehen hat, aufrichtig freuen. Das gestrige Konzert, über dem eine gewisse Premierenstimmung lag, war ein verheißungsvoller Auftakt für die Aera Rott. Leistungen, wie sie gestern geboten wurden, können ohne wesentliche Proben nur von einem Orchester vollbracht werden, bei dem jeder Musiker ein Künstler in seinem Fach ist. Wir haben schon bei früherer Gelegenheit betont, daß in unserem Stadtorchester recht gutes Material steckt. Das bewies kürzlich wieder die schwierige Musikprobe bei der Direktorwahl — mit jedem Orchester können so strenge Werke nicht ohne weiteres vom Blatt gespielt werden —, das gab sich auch in dem gestrigen Konzert wieder kund. Unsere Musiker können etwas. Sie haben auch den Willen zu künstlerischer Tat und folgten willig den Intentionen ihres Leiters. So sah man gestern schon Leiter und Musiker eng sich zusammenschließen zu einem einheitlichen Ganzen. Daß nicht alles völlig einwandfrei sein konnte, versteht sich von selbst. Dafür sorgte schon die Saalkühle, die nun einmal von Gesetzeswegen nicht gemildert werden darf, die aber nicht nur ein Temperieren der Instrumente brachte, sondern auch die Geschmeidigkeit der Finger beeinträchtigte. Trotzdem waren die sich ergebenden Unebenheiten so geringfügig, daß nur ein scharf aufmerkender Musikkenner ihrer gewahr wurde. Daß das Vorspiel zum „Freischütz" nicht den Strahlenglanz zeigte, der ihm innewohnt, ist auf die Kühle zurückzuführen und zum Teil auch auf den etwas schwachen Streichkörper. Auch dem Vorspiel zur „Fledermaus" würde ein stärkerer Streichkörper mehr Glanz gegeben haben. Daß der Streicherchor an sich gut ist, bewiesen zwei Streichquartette, von denen namentlich das zweite „Was Blumen träumen" von Translateur mit all der zarten Innigkeit gegeben wurde, die ihm innewohnt. Stadtmusikdirektor Rott bestätigte die Auffassung, daß man in ihm eine ganze Künstlerpersönlichkeit vor sich hat, mit dem Solovortrag der Trovatore-Fantasie von Mart. Er überwand die durch die Kühle sich gebenden Schwierigkeiten bestens uns ließ sein kostbares Instrument mit meisterhafter Technik in des Wortes bester Bedeutung in allen Lagen singen. Die Passagen und Läufer quollen hervor wie unter Zaubersingern und legten sich schmeichelnd dem Hörer ins Ohr. Nicht allein die technische Fertigkeit ist es, mit der Direktor Rott die Hörer in seinen Bann zieht, sondern vor allem eine starke innere Belebung, eine feine Beseelung, die er als nachschaffender Künstler seinem großen Ton aufzuprägen weiß. Der Beifall der Hörer nahm nach dem Solostück huldigenden Charakter an und veranlaßte zur Zugabe des auf die Hörer immer belebend wirkenden „Le Canari" (Der Kanarienvogel). Alles in allem: Es war ein schönes Konzert, das eines besseren Besuches würdig gewesen wäre, als der Saal ihn zeigte. M.

†* **Der Verschönerungsverein Frankenberg, e. V.,** hält morgen Sonnabend nachmittag 4 Uhr auf der Lützelhöhe seine Hauptversammlung ab.

†w **Die Lebensmittelversorgung.** In der gestrigen Sitzung des Pressebeirates des Lebensmittelamtes in Dresden wurde u. a. Folgendes mitgeteilt: An der Kartoffellieferung nach Sachsen fehlten noch immer 3,3 Millionen Zentner am 1. März. An Nährmitteln wird im April die folgende Menge verteilt: Durchschnittlich 2 Pfund auf den Kopf der Bevölkerung. Das durch Streckung des Brotes mit Runkelrübenmehl ersparte Mehl in Höhe von 70000 Zentnern wird zu Suppenmehl verwendet. Der Brotpreis wird nicht oder nur unwesentlich erhöht werden, dagegen das Kochmehl zu 2,50 M. das Pfund geliefert. Es bleibt bei der bisherigen Fleischration von 180 Gr., da Bayern seinen Verpflichtungen in der letzten Woche nur zu einem Zwanzigstel nachgekommen ist. Der amerikanische Speck ist getrockneter und gepökelter Speck, der sich zu Margarine nicht verarbeiten läßt. Das Quantum wird 400 Gramm auf den Kopf betragen. Die Verteilung ist Sache der Gemeindebehörden und richtet sich nach den Eingängen. Die Selbstversorger, die günstiger dastehen als der andere Teil der Bevölkerung, werden an der Verteilung nicht teilnehmen. 20000 Kisten zu 48 Pfund kondensierte Milch werden von der Entente nach Sachsen geliefert und schlüsselmäßig verteilt. Sachsen hat für die nächsten Monate noch Marmelade in seinen Beständen. Die Einfuhr von Gemüse und Obst wird in bestimmten Grenzen freigegeben.

†* **Sächsische Staatsanleihe.** Die Zeichnungsfrist für die neue 4prozentige Sächsische Staatsanleihe von 1919 ist bis 19. April ds. Js. verlängert worden.

† **Meldung der rumänischen Gefangenen.** Alle noch in Deutschland befindlichen rumänischen Kriegsgefangenen haben sich schnellstens bei den zuständigen Lagern, Ortsbehörden oder Generalkommandos zu melden. Diese veranlassen die Ueberführung der Rumänen in die Sammellager Neuhammer am Kneiß oder Regensburg. Nach Mitteilung des preußischen Kriegsministeriums werden alle, die diese Aufforderung nicht beachten, von der rumänischen Regierung als Deserteur betrachtet und zum Tode verurteilt.

† **Die Wetterlage.** Mitteleuropa wird von einem Hoch überdeckt, dessen höchster Druck über dem Kanal liegt. Es bedingt in Sachsen heiteres und trockenes Wetter und nimmt noch langsam an Intensität zu.

— **Leipzig.** Das Ministerium für Militärwesen teilt uns folgendes mit: Am 26. 3. fand in Leipzig eine Sitzung des A.- und S.-Rates statt, die eine Resolution gegen die Grenzbataillone und gegen den Minister Reuring annahm. Ein Mitglied des S.-Rates, das gegen diese Resolution stimmte, wurde nach Schluß der Sitzung von einigen 20 Ganz- oder Halbspartakisten nicht nur unerhört beschimpft, sondern auch mit einem Knotenstock tätlich angegriffen. Ein besonders Tapferer schlug ihm in heimtückischer Weise von hinten über den Kopf, und er hat es nur dem schnellen Dazwischentreten eines Kameraden zu verdanken, daß er nicht schwer verletzt wurde. Dieser Vorfall illustriert drastisch die in Leipzig herrschende Freiheit. Angesichts solcher Vorkommnisse ist es natürlich kein Wunder, wenn die besonnenen Elemente nicht wagen, gegen die Resolutionen und Beschlüsse der Mehrheit zu stimmen, aber das Prahlen der Leipziger Volkszeitung mit den einmütig angenommenen Beschlüssen erscheint dadurch in einem ganz besonderen Lichte.

— **Leipzig.** Am 29. März hörte in Wachau bei Leipzig früh in der 5. Stunde ein Sergeant der dort untergebrachten Sicherheits-Kompanie von seinem Schlafzimmer aus einen Trupp Pferde die Chaussee entlang trappen. Er machte sich sofort auf, rief dem verdächtigen Pferdetransport nach und holte ihn etwa 200 Meter hinter Wachau ein, hielt die zwei Begleiter der Pferde, von denen einer Waffenrock und Feldmütze trug, an und war im Begriff, sie mit nach der Sicherheitswache zu nehmen, als einer der Männer plötzlich einen Revolver zog und zwei Schüsse auf den Sergeanten abfeuerte. Mit einem schweren Brustschuß brach dieser bewußtlos zusammen, während die Pferdediebe — denn um solche handelte es sich — unter Zurücklassung der gestohlenen Pferde, die am Morgen eingefangen wurden, nach Dölitz zu die Flucht ergriffen. Die Täter, vermutlich Koppelknechte oder Zutreiber von Roßschlächtern, hat man bisher nicht ermitteln können.

— **Burgstädt.** Hier hat sich vor einiger Zeit unter reger Beteiligung ein Verein der Heimatfreunde Burgstädts und Umgebung gebildet, der u. a. die Errichtung eines Heimat- und Stadtmuseums anstrebt. Hierfür ist ihm in einem Seitenflügel